



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für regionale Entwicklung

2009/2234(INI)

1.3.2010

ENTWURF EINES BERICHTS

über einen Beitrag der Regionalpolitik der EU zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise, unter besonderer Berücksichtigung von Ziel 2 (2009/2234(INI))

Ausschuss für regionale Entwicklung

Berichterstatlerin: Rodi Kratsa-Tsagaropoulou

PR_INI

INHALT

	Page
ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG	8

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

über einen Beitrag der Regionalpolitik der EU zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung von Ziel 2 (2009/2234(INI))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Arbeitsdokuments der Kommission „Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020“ (KOM(2009)0647),
- in Kenntnis des Berichts der Kommission „Sechster Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“ (KOM(2009)0295),
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Impulse für den Aufschwung in Europa“ (KOM(2009)0114),
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Kohäsionspolitik: In die Realwirtschaft investieren“ (KOM(2008)0876),
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen - Arbeitsmarkt- und Qualifikationserfordernisse antizipieren und miteinander in Einklang bringen“ (KOM(2008)0868),
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Europäisches Konjunkturprogramm“ (KOM(2008)0800),
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Aus der Finanzkrise in den Aufschwung: Ein Aktionsrahmen für Europa“ (KOM(2008)0706),
- in Kenntnis der Empfehlung des Rates zu den 2009 aktualisierten Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft zur Umsetzung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten (KOM(2009)0034),
- in Kenntnis der Nationalen Strategieberichte (National Strategic Reports) der Mitgliedstaaten für 2009,
- in Kenntnis der Verordnung (EG) Nr.1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999¹,
- in Kenntnis der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. März 2009 zur Kohäsionspolitik: In die Realwirtschaft investieren²,
- in Kenntnis der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Bericht der Kommission - Sechster Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen

¹ ABl. L 210 vom 31.7.2006, S.25.

² Angenommene Texte, P6_TA(2009)0124.

Zusammenhalt (COTER-IV-027),

- in Kenntnis von: European Economic Forecast – Autumn 2009, in: European Economy 10/2009 der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission,
 - in Kenntnis des Quarterly Report on the Euro Area - Volume 8, N°4 (2009) - Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission,
 - gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für regionale Entwicklung (A7-0000/2010),
- A. in der Erwägung, dass zwischen 2000 und 2006 15,2 % der Europäer (69,8 Millionen) in Ziel-2-Regionen lebten und eine Finanzierung von insgesamt 22,5 Milliarden Euro (9,6 % der Gesamtmittel) genossen, wodurch 730 000 Bruttoarbeitsplätze geschaffen wurden, und dass die meisten Indikatoren gute Ergebnisse auswiesen (Beschäftigung, Innovation, Forschung und Entwicklung, Intensität des Arbeitskräfteeinsatzes, Aus- und Weiterbildung, lebenslanges Lernen), während im Gegensatz dazu andere Indikatoren (ausländische Direktinvestitionen, Produktivität) niedrigere Leistungen als die Konvergenzzielregionen zu verzeichnen hatten, und in der Erwägung, dass hinsichtlich der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf im Verhältnis zum Durchschnitt der EU die betreffenden Regionen zwar relativ weit (122 %) von den Konvergenzzielregionen (59 %) entfernt sind, jedoch trotz allem in diesem Zeitraum einen Rückgang von 4,4 % aufzuweisen hatten,
- B. unter Hinweis darauf, dass sich durch die Reform 2006 Ziel 2 nunmehr auf die Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in insgesamt 168 Regionen von 19 Mitgliedstaaten bezieht, also auf 314 Millionen Einwohner mit einer Finanzierung von insgesamt 54,7 Milliarden Euro (etwas weniger als 16 % der Gesamtmittel) für 2007-2013, wobei darauf hinzuweisen ist, dass etwa 74 % dieses Betrags für Bildung und Innovation (33,7 %) sowie für mehr und bessere Arbeitsplätze (40 %) bestimmt sind,
- C. in der Erwägung, dass aufgrund der jüngsten Prognosen der Kommission (2009-2011) die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt bleiben und die Arbeitslosenquote in der EU bei einem Arbeitsplatzschwund von 2,25 % im Jahr 2009 und von 1,25 % im Jahr 2010 bei 10,25 % liegen wird und dass in den Schlüsselsektoren der EU-Regionen a) ein Anstieg der Neuaufträge und ein Vertrauenswachstum mit einer Verbesserung des Gesamtbildes der EU-Industrie, wenn auch mit einer um 20 % niedrigeren Produktionsquote als Anfang 2008, b) ein anhaltender Rückgang der Tätigkeiten im Bausektor und c) beständige Schwierigkeiten für KMU, Zugang zu Kleinkrediten und Kleinfinaanzierungen zu bekommen, zu beobachten sind,
- D. unterstreicht die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten den Nationalen Strategieberichten (National Strategic Reports) für 2009 zufolge die Instrumente, Mittel und Verfahrensweisen zur Erleichterung der Kohäsionspolitik offenbar sehr unterschiedlich genutzt haben, die die Kommission zur Bewältigung der Krise und zur Erhöhung der Realausgaben vorgeschlagen hat (z. B. Ausschöpfung der Kofinanzierung zu 100 %, Änderung der strategischen Ausrichtungen, Kernpunkte und Finanzierungen der operationellen Programme, Vereinfachung der Umsetzungsverfahren u. a.),

- E. betont, dass die Kommission seit Oktober 2008 eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen hat, die auf eine beschleunigte Umsetzung der Programme der Kohäsionspolitik 2007-2013 gerichtet sind, um alle ihre Ressourcen und Mittel zu mobilisieren, damit die Bemühungen um Konjunkturbelebung auf nationaler und regionaler Ebene unmittelbar und wirksam unterstützt werden,
- F. in der Erwägung, dass die Strategie der Kommission zur Beschleunigung der Investitionen und zur Vereinfachung der Programme der Kohäsionspolitik über Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und legislative oder nicht-legislative Maßnahmen auf drei Säulen ruht: a) einer größeren Flexibilität, b) einer stärkeren Förderung der Regionen, c) auf intelligenten Investitionen, und unter Hinweis darauf, dass von den 64,3 Milliarden Euro, die 2010 für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit vorgesehen sind, 49,4 Milliarden Euro die Konvergenz betreffen (Erhöhung um 2 % im Verhältnis zu 2009) und 14,9 Milliarden Euro die Wettbewerbsfähigkeit (Erhöhung um 7,9 % im Verhältnis zu 2009),
1. betont, dass im Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und der gegenwärtigen Konjunkturflaute das Instrument der EU-Regionalpolitik an vorderster Stelle steht, indem es entscheidend zum Europäischen Konjunkturprogramm beiträgt, die wichtigste Quelle der Gemeinschaft für Investitionen in die Realwirtschaft darstellt und die öffentlichen Investitionen auch auf regionaler und lokaler Ebene in beträchtlichem Maße unterstützt;
 2. verweist darauf, dass die Strukturfonds starke Instrumente darstellen, die dafür vorgesehen sind, den Regionen bei der wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierung und bei der Förderung des territorialen Zusammenhalts, aber auch bei der Realisierung des Europäischen Konjunkturprogramms und insbesondere bei der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit zu helfen, indem ihre systematische und effiziente Nutzung unterstützt wird;
 3. vermerkt mit Befriedigung die positiven Ergebnisse, die im Zeitraum vor der Wirtschaftskrise hinsichtlich der meisten Indikatoren für Ziel-2-Regionen zu verzeichnen waren, also die guten Ergebnisse bei Beschäftigung, Innovation, Forschung und Entwicklung, Intensität des Arbeitskräfteeinsatzes, Aus- und Weiterbildung, lebenslangem Lernen, und fordert dazu auf, diese komparativen Vorteile durch eine Verstärkung der Ziel-2-Instrumente nachhaltig zu gestalten;
 4. unterstützt die wichtigsten Prioritäten der EU-Strategie bis 2020 durch die Erschließung neuer Wachstumsquellen aus der digitalen Wirtschaft, durch die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Förderung des territorialen Zusammenhalts und die Entwicklung besserer Bedingungen für Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmertum und Innovation in allen Regionen sowie für die Entwicklung der KMU und die Förderung ihres Entwicklungspotentials; und fordert zur weiteren Förderung dieser Politikbereiche im Rahmen der bevorstehenden Vertiefung der EU-Strategie bis 2020 auf;
 5. erkennt an, dass ein erhebliches Problem hinsichtlich der Einschränkung des Beitrags der nationalen Kofinanzierungen zu den Programmen besteht, die auch Ziel 2 betreffen, da viele Mitgliedstaaten große Haushaltsprobleme haben, und unterstützt die Politik der Kommission, auf Antrag der Mitgliedstaaten eine „100%-ige

Entschädigung“ für den Anteil ihrer öffentlichen Ausgaben an den kofinanzierten Projekten zu ermöglichen;

6. verweist darauf, dass von insgesamt 117 von der EZB finanzierten operationellen Programmen zwölf (für Österreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Lettland, Litauen, die Niederlande, Polen, Portugal, das Vereinigte Königreich und zwei für Spanien) umgewidmet wurden, um bestimmte krisenbedingte Bedürfnisse abzudecken, und fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten darin zu unterstützen, diese verfügbare Flexibilität zur Umwidmung operationeller Programme mit dem Ziel zu nutzen, besonders gefährdete Gruppen und Kategorien kurzfristig zu fördern;
7. bedauert, dass der Sechste Zwischenbericht der Kommission über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt keine konkreten qualitativen und quantitativen Angaben über die kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die EU-Regionen und besonders auf die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren enthält, und fordert daher die Kommission auf, einen Sonderbericht bzw. eine Sonderstudie über die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in den EU-Regionen und besonders in den Ziel-2-Regionen vorzulegen;
8. begrüßt die Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen im Rahmen der Kohäsionspolitik (etwa 55 Milliarden Euro zwischen 2007 und 2013), von denen ein großer Teil die Förderung von Innovation und die Modernisierung von KMU betrifft, und ist sich dessen bewusst, dass die vorgeschlagenen Interventionsmaßnahmen zugunsten von Unternehmen auf langfristige Ergebnisse ihrer Umstrukturierung abzielen müssen und nicht auf Feuerwehreinsätze für ihr wirtschaftliches Überleben, die in vielen Fällen mit der Politik für staatliche Beihilfen unvereinbar sind;
9. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Auswirkungen der Krise auf verschiedene Bau- und Entwicklungsbereiche sowie die Nutzung der Möglichkeiten ständig zu verfolgen, die die Finanzierungsinstrumente bieten, die im Hinblick auf Ziel 2 vor allem zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung mit dem Schwerpunkt Unternehmertum und KMU bestimmt sind;
10. begrüßt die Politik der Kommission a) zur Verlängerung des Förderzeitraums der operationellen Programme 2000-2006, um eine größtmögliche Inanspruchnahme aller Mittel der Kohäsionspolitik zu gestatten, und b) zur Vereinfachung der administrativen Anforderungen und Verfahren und der finanziellen Abwicklung der Programme, jedoch unter gleichzeitiger Gewährleistung der erforderlichen Kontrollen im Hinblick auf mögliche Fehler und Betrugerscheinungen;
11. unterstützt die Politik der „Vorfinanzierung“ für die Programme der Kohäsionspolitik 2007-2013, die für 2009 eine Primärliquidität von 6,25 Milliarden Euro für Investitionen im Rahmen des für jeden Mitgliedstaat vereinbarten Finanzrahmens erbracht haben;
12. unterstützt die Politik der Hilfe für Großprojekte in den Regionen (mit einer Finanzierung von 50 Millionen Euro und mehr), die die Kommission 2009 eingeführt hat, und fordert dazu auf, die gewährten Finanzierungen über JASPERS (Joint Assistance in Supporting Projects in European Regions - Gemeinsame Hilfe bei der

Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen) noch um mehr als 25 % zu erhöhen, um Großprojekte vorzubereiten und schneller umzusetzen;

13. unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen der Durchführungsbestimmungen, durch die die Strukturfonds flexibel gestaltet und wegen der außerordentlichen Wirtschaftsbedingungen den Bedürfnissen angepasst werden sollen, um 455 Programme der Kohäsionspolitik insbesondere im Hinblick auf Ziel-2-Programme sofort umzusetzen, wobei jedoch auch die erforderliche Anpassung der nationalen und regionalen Institutionen und Verwaltungsbehörden an diese neuen Gegebenheiten zu berücksichtigen sind;
14. fordert die Kommission auf, ein Jahr nach dessen Inkrafttreten (Dezember 2008) eine Bewertung des Maßnahmenplans zum Erlass von Rechtsvorschriften für Kleinunternehmen (Small Business Act) vor allem im Hinblick auf die Ergebnisse vorzunehmen, die bei der Förderung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihres Zugangs zu Finanzierungen und Risikokapital, bei der Förderung innovativer Neugründungen sowie bei der Verringerung der Verwaltungslasten u. a. erzielt wurden;
15. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission sowie den Mitgliedstaaten zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Einführung

Im Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und der Konjunkturflaute in Europa trägt die Regionalpolitik der EU entscheidend zum Konjunkturprogramm bei, indem sie die wichtigste Quelle der Gemeinschaft für Investitionen in die Realwirtschaft darstellt und die öffentlichen Investitionen auch auf regionaler und lokaler Ebene in beträchtlichem Maße unterstützt. Da es der EU an einem wirksamen Mechanismus für die wirtschaftliche Koordinierung und eine ausgewogene Entwicklung mangelt, rangiert die Kohäsionspolitik mittels der Strukturfonds und anderer Maßnahmen an vorderster Stelle.

Die Regionalpolitik stellt nicht nur ein Mittel für die sofortige „Brandbekämpfung“ der negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise dar, sondern ist eine langfristige Politik zur Bewältigung der Strukturprobleme, die im Ergebnis der Krise aufgetreten und entstanden sind, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung der Ziel-2-Mitgliedstaaten. Der vorliegende Bericht ist auf die Maßnahmen zur Realisierung der beiden Hauptpunkte des Europäischen Konjunkturprogramms gerichtet, und zwar insbesondere auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unter systematischem und effizientem Einsatz der bewilligten Haushaltsposten und der ihnen entsprechenden Mittel.

Die Wirtschaftskrise und die „regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

Das Ziel 2 bildete und bildet einen der wichtigsten Pfeiler der Kohäsionspolitik. Mit Blick auf einen Ausweg aus der Krise kommt ihm gegenwärtig hinsichtlich einer besseren Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Regionen und ihrer Bereitschaft zur Entwicklung in der Zeit nach der Krise besondere Bedeutung zu.

Im Zeitraum 2000-2006 war Ziel 2, das die Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Entwicklungsrückstand betraf, auf 15,2 % der Europäer gerichtet (etwa 69,8 Millionen Einwohner wohnten damals in Ziel-2-Gebieten). Sie profitierten von einer Finanzierung von insgesamt 22,5 Milliarden Euro (9,6 % der Gesamtmittel), während die geschaffenen Bruttoarbeitsplätze mit 730 000 beziffert werden.

Diese Regionen können unterteilt werden in a) Industriegebiete (8,5 %) mit Arbeitslosenquoten über dem Gemeinschaftsdurchschnitt und einer stetig sinkenden Beschäftigung in der Industrie über dem Gemeinschaftsdurchschnitt, b) Landwirtschaftsgebiete (5,2 %) mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 100 Einwohnern je Quadratkilometer, einer Beschäftigungsquote im Agrarsektor über dem Doppelten des Gemeinschaftsdurchschnitts, einer Arbeitslosenquote über dem Gemeinschaftsdurchschnitt und einem allmählichen Bevölkerungsrückgang, c) städtische Gebiete (1,9%) mit einer Langzeitarbeitslosigkeit über dem Gemeinschaftsdurchschnitt, einer hohen Armutsquote, einem stark beeinträchtigten sozialen Umfeld, mit hoher Kriminalität und einem niedrigen Bildungsniveau, d) Fischfanggebiete (0,3%) und e) gemischte Gebiete (2,1%).

Durch die Reform von 2006 bezieht sich Ziel 2 indessen auf die Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in insgesamt 168 Regionen in 19 Mitgliedstaaten (siehe Anhang I), d. h. auf 314 Millionen Einwohner bei einer Finanzierung für 2007-2013 von insgesamt 54,7 Milliarden Euro (fast 16 % der Gesamtmittel). Die volle Ausschöpfung und der Beitrag von Ziel 2 sind also wichtig für die Gesamtstrategie der Konjunkturbelebung unserer Volkswirtschaften, aber auch für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Von außerordentlicher Bedeutung ist, dass etwa 73,7 % dieses Betrags a) für Bildung und Innovation (33,7 %) und b) für mehr und bessere Arbeitsplätze (40 %) bestimmt ist. Der entsprechende Anteil für die Regionen des Ziels 1 ist spürbar niedriger; er beträgt gerade einmal 40 %, auch wenn er aufgrund der erhöhten Bedürfnisse der betreffenden Gebiete in absoluten Zahlen beträchtlich überwiegt (siehe Anhang II).

Auf der Grundlage des letzten Zwischenberichts der Kommission über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt hatten die meisten Indikatoren in den Ziel-2-Regionen bei Beschäftigung, Innovation, Forschung und Entwicklung, Intensität des Arbeitskräfteeinsatzes, Bildung und Ausbildung und lebenslangem Lernen vor der Krise gute Ergebnisse zu verzeichnen, während bei anderen Indikatoren wie der Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen und der Produktivität die Konvergenzregionen bessere Ergebnisse auswiesen (siehe Anhang III).

Exemplarisch hat sich vor der Krise zwischen 2000 und 2006 das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Verhältnis zum EU-Durchschnitt um insgesamt sechs Prozentpunkte erhöht, wodurch die Konvergenzregionen vier Prozentpunkte näher an den EU-Durchschnitt von 59 % heran rückten, es lag aber immer weit unter der Untergrenze von 75 %. Die Wettbewerbsfähigkeits- und Beschäftigungsregionen (Ziel 2) haben, wenn sie auch vor den anderen bei 122 % liegen, im Zeitraum 2000-2006 dennoch einen Rückgang um 4,4 % zu verzeichnen. Die starke Zunahme der Produktivität in den Konvergenzregionen ist der Hauptgrund, dass sich der Unterschied beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verringert hat (siehe Anhang IV).

Seit 2000 ist die Produktivität des Industrie- und Dienstleistungsbereichs in den Konvergenzregionen jährlich um 2 % gestiegen, also doppelt so stark wie in den Ziel-2-Regionen „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum“. Dieser Anstieg wurde durch die Fördermaßnahmen für Bildung, die bessere und breitere Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien und hohe ausländische Direktinvestitionen unterstützt. Parallel dazu bestehen zwischen den Regionen noch große Unterschiede im Bildungsniveau. Der Anteil der Hochschulabsolventen ist in den Ziel-2-Regionen fast 9 % höher als in den Konvergenzregionen. Ebenso ist die Teilnahme am lebenslangen Lernen in den Konvergenzregionen erheblich geringer und beträgt nur die Hälfte der Beteiligung in den Ziel-2-Regionen.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Schwächen der Gebiete und der europäischen Konvergenz sowie die strukturellen Nachteile sichtbar geworden, die sich besonders auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung der europäischen Regionen ungünstig auswirken. Auf der Grundlage der jüngsten Prognosen der Kommission (2009-2011) wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt bleiben. Die Arbeitslosenquote in der EU wird bei einem Arbeitsplatzverlust von 2,25 % im Jahr 2009 und von 1,25 % im Jahr 2010 bei 10,25 % liegen.

Die Krise führt mit ihren Auswirkungen auf die Schlüsselsektoren der Wirtschaft auch im gegenwärtigen Zeitraum a) zu einem Anstieg der Neuaufträge, zu einem Vertrauenswachstum und zu einer Verbesserung des Bildes der EU-Industrie, die eine Stabilisierung der Industrieproduktion zur Folge haben, allerdings ohne nennenswerte Konjunkturbelebung, d. h. mit einer um 20 % niedrigeren Quote als Anfang 2008 (siehe Anhang IV), b) zu einem anhaltenden Rückgang der Tätigkeiten im Bausektor und c) zu beständigen Schwierigkeiten für KMU, Zugang zu Kleinkrediten und Kleinfinanzierungen zu bekommen.

Die großen Haushaltsprobleme vieler Mitgliedstaaten (hohe Staatsverschuldung, hohes Haushaltsdefizit) stellen einen Hemmschuh dar und beeinträchtigen den Beitrag der nationalen Kofinanzierungen zu den Ziel 2 betreffenden Programmen. Leider besteht in der gegenwärtigen Phase ein Mangel an aggregierten qualitativen und quantitativen Daten über die kurz- und langfristigen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in den EU-Regionen und die Herausbildung der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren. Nach Ansicht der Berichterstatteerin sollte die Kommission einen Sonderbericht bzw. eine Sonderstudie über die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in den EU-Regionen und besonders in den Ziel-2-Regionen vorlegen, da ihre Auswirkungen auf Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit außerordentlich negativ sind.

Beitrag der Regionalpolitik zur Bewältigung der Wirtschaftskrise im Rahmen von Ziel 2

Seit Oktober 2008 hat die Kommission eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die auf eine beschleunigte Umsetzung der Programme der Kohäsionspolitik 2007-2013 abzielen, um alle ihre Ressourcen und Mittel zu mobilisieren und die Bemühungen um die Konjunkturbelebung auf nationaler und regionaler Ebene unmittelbar und wirksam zu unterstützen. Im Rahmen der Kohäsionspolitik sind etwa 55 Milliarden Euro (zwischen 2007 und 2013) für die Unterstützung von Unternehmen vorgesehen, auf die zu einem großen Teil die KMU-Innovationsförderung zutrifft. Viele der geplanten Aktivitäten entsprechen noch den unmittelbaren Erfordernissen, die gegenwärtige wirtschaftliche Lage zu bewältigen, und konzentrieren sich insbesondere auf die großen Herausforderungen, denen sich die Unternehmen in der Realwirtschaft gegenübersehen. Die vorgeschlagenen Interventionsmaßnahmen zugunsten der Unternehmen jedoch zielen auf langfristige Ergebnisse bei der Bewältigung der Strukturprobleme ab und nicht auf Feuerwehreinsätze zum wirtschaftlichen Überleben, die mit der Politik der staatlichen Beihilfen wahrscheinlich unvereinbar sind.

Es ist außerordentlich ermutigend, dass unter den wichtigsten Prioritäten der EU-Strategie bis 2020 die notwendige Erschließung neuer Wachstumsquellen betont wird, die zugleich den sozialen und territorialen Zusammenhalt der EU und die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Förderung des territorialen Zusammenhalts gewährleisten sollen. Anzumerken ist, dass der territoriale Zusammenhalt der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Gebiete, der Schaffung besserer Bedingungen für das Unternehmertum, der Entwicklung der KMU und der Nutzung ihrer komparativen Vorteile einen Mehrwert verleiht.

Konkret und auf den Punkt gebracht betreffen von den 64,3 Milliarden Euro, die 2010 für nachhaltige Entwicklung bestimmt sind, 49,4 Milliarden Euro die Konvergenz (Erhöhung

um 2 % gegenüber 2009) und 14,9 Milliarden Euro die Wettbewerbsfähigkeit (Erhöhung um 7,9 % gegenüber 2009) - (siehe Anhang V). Ziel der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU (der kleinen und mittleren Unternehmen) ist unter anderem die Schaffung von 400 000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2013 (siehe Anhang VI).

Parallel dazu muss die Strategie der Kommission zur Beschleunigung der Investitionen und zur Vereinfachung der Programme der Kohäsionspolitik über Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und legislative oder nichtlegislative Maßnahmen gestärkt werden. Die Berichterstatterin stimmt dem zu, dass das Hauptaugenmerk auf folgende drei Säulen gerichtet werden muss: a) eine größeren Flexibilität für die Kohäsionsprogramme, b) eine in jeder Weise stärkere Förderung der Regionen und c) intelligente Investitionen im Rahmen der Kohäsionsprogramme.

Aus einer ersten Einschätzung auf der Grundlage der Nationalen Strategieberichte (National Strategic Reports) für 2009 geht hervor, dass die Mitgliedstaaten die Instrumente, Mittel und Verfahrensweisen zur Erleichterung der Kohäsionspolitik, die die Kommission zur Bewältigung der Krise und zur Erhöhung der Realausgaben vorgeschlagen hat, wie z. B. die Ausschöpfung der Kofinanzierung zu 100 %, die Änderung der strategischen Ausrichtungen, Kernpunkte und Finanzierungen der operationellen Programme, die Vereinfachung der Umsetzungsverfahren u. a., offenbar sehr unterschiedlich genutzt haben. Die Berichterstatterin ist der Auffassung, dass hieraus nützliche und wertvolle Schlüsse gezogen werden können. Wenn die Regionalpolitik ihres Erachtens auch keine Gemeinschaftspolitik zur Brandbekämpfung, sondern eine Politik der langfristigen Planung ist, ist es doch von außerordentlicher Bedeutung, diese strategische Richtung der „Flexibilität“ beizubehalten, sofern allerdings dabei gleichzeitig die erforderlichen Kontrollen zur Vermeidung von Fehlern und Betrugserscheinungen gewährleistet sind. So scheint zum Beispiel die Politik der Kommission zur Verlängerung des Förderzeitraums der operationellen Programme 2000-2006, zur Vereinfachung der administrativen Anforderungen und Verfahren sowie zur finanziellen Abwicklung der Programme entscheidend dazu beizutragen, eine größtmögliche Inanspruchnahme aller Mittel der Kohäsionspolitik zu gestatten.

Zugleich muss angemerkt werden, dass die Politik der „Vorfinanzierung“ der Programme zur Kohäsionspolitik 2007-2013 eine hervorragende Wirkung zeigte, indem sie für 2009 eine Primärliquidität von 6,25 Milliarden Euro für Investitionen im Rahmen des für jeden Mitgliedstaat vereinbarten Finanzrahmens erbrachte. Da viele Mitgliedstaaten große Haushaltsprobleme haben, die zu einem geringeren Beitrag der nationalen Kofinanzierungen zu den Programmen führen, die auch Ziel 2 betreffen, muss zudem die Politik der Kommission unterstützt werden, auf Antrag der Mitgliedstaaten eine „100%-ige Entschädigung“ zu erhalten, wenn auch einige von ihnen nicht positiv auf diese Möglichkeit reagierten, weil sie vor allem befürchteten, künftig eine 0%-ige Finanzierung sonstiger Pläne nicht schultern zu können, um den erforderlichen rechnerischen Bilanzausgleich zu erzielen.

Die Berichterstatterin unterstützt die Hilfsangebote für Großprojekte in den Regionen (mit einer Finanzierung von 50 Millionen Euro und mehr), die die Kommission 2009 eingeführt hat, und fordert dazu auf, die gewährten Finanzierungen über JASPERS (Joint Assistance in Supporting Projects in European Regions - Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen) noch um mehr als 25 % zu erhöhen, um Großprojekte vorzubereiten und schneller umzusetzen und die Zahlungen an die Mitgliedstaaten

insbesondere im Hinblick auf die Ziel-2-Programme zu beschleunigen. Allerdings müssen die vorgeschlagenen Änderungen der Durchführungsbestimmungen unterstützt werden, durch die wegen der außerordentlichen Wirtschaftsbedingungen die Flexibilität der Strukturfonds und ihre Anpassung an die Bedürfnisse gefördert werden sollen.

Abschließend zeigt sich die Berichterstatterin von der grundlegenden Bedeutung der Kohäsionspolitik und der Notwendigkeit ihrer Fortsetzung und Förderung auf allen Gebieten überzeugt. Nach ihrer Auffassung muss den Ziel-2-Gebieten und den entsprechenden Programmen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da sie für das Aufzeigen der komparativen Vorteile und Möglichkeiten der Gebiete und allgemein ihres Beitrags zu Wachstum und Beschäftigung von Bedeutung sind. Ebenso überzeugt ist sie davon, dass zur Erreichung dieses Ziels alle Mittel und Instrumente mobilisiert und koordiniert werden sollten.

Annexe I

Regional Competitiveness and Employment	Lisbon Earmarking	Non earmarked	TOTAL
	Decided OPs	Decided OPs	
FR	8.090.730.610	2.167.334.886	10.258.065.496
DE	7.736.411.732	1.672.869.936	9.409.281.668
ES	6.098.907.229	2.382.419.048	8.481.326.277
UK	6.193.002.023	785.385.815	6.978.387.838
IT	5.065.123.109	1.259.766.998	6.324.890.107
HU	984.291.129	1.027.938.064	2.012.229.193
NL	1.320.593.128	339.409.609	1.660.002.737
SE	1.407.260.632	218.831.256	1.626.091.888
FI	1.375.965.515	220.000.529	1.595.966.044
BE	1.190.483.947	234.690.665	1.425.174.612
AT	934.061.242	93.250.375	1.027.311.617
PT	663.811.932	276.822.334	940.634.265
IE	600.862.370	149.862.372	750.724.742
GR	310.481.234	327.895.468	638.376.702
CY	314.511.444	297.923.548	612.434.992
DK	457.388.655	52.188.584	509.577.239
SK	343.259.311	111.631.178	454.890.489
CZ	329.286.599	88.636.114	417.922.713
LU	43.923.978	6.563.354	50.487.332
19	43.460.355.819	11.713.420.133	55.173.775.952

Annexe II

Regional Competitiveness and Employment	55.173.775.952	
Guideline : Attractive places to invest and work	10.243.530.661	18,6%
Broadband	338.138.119	0.6%
Culture and social	1.665.052.335	3.0%
Energy	1.818.186.998	3.3%
Environment	3.141.455.583	5.7%
Other Transport	1.906.550.931	3.5%
Rail	688.470.992	1.2%
Road	685.675.704	1.2%
Guideline : Improving knowledge and innovation for growth	18.601.025.961	33.7%
Entrepreneurship	2.771.128.582	5.0%
ICT for citizens and business	1.967.684.202	3.6%
Innovation and RTD	11.383.859.843	20.6%
Other investments in enterprise	2.478.353.334	4.5%
Guideline : More and better jobs	22.077.051.433	40%
Capacity Building	462.938.707	0.8%
Human Capital	8.003.626.074	14.5%
Labour Market	7.967.735.368	14.4%
Social Inclusion	5.642.751.284	10.2%

Guideline : Territorial Dimension	2.566.110.730	
Territorial Dimension	2.566.110.730	
Guideline : TA	1.686.057.166	
Technical assistance	1.686.057.166	

Source DG Regional Policy European Commission

Annexe III

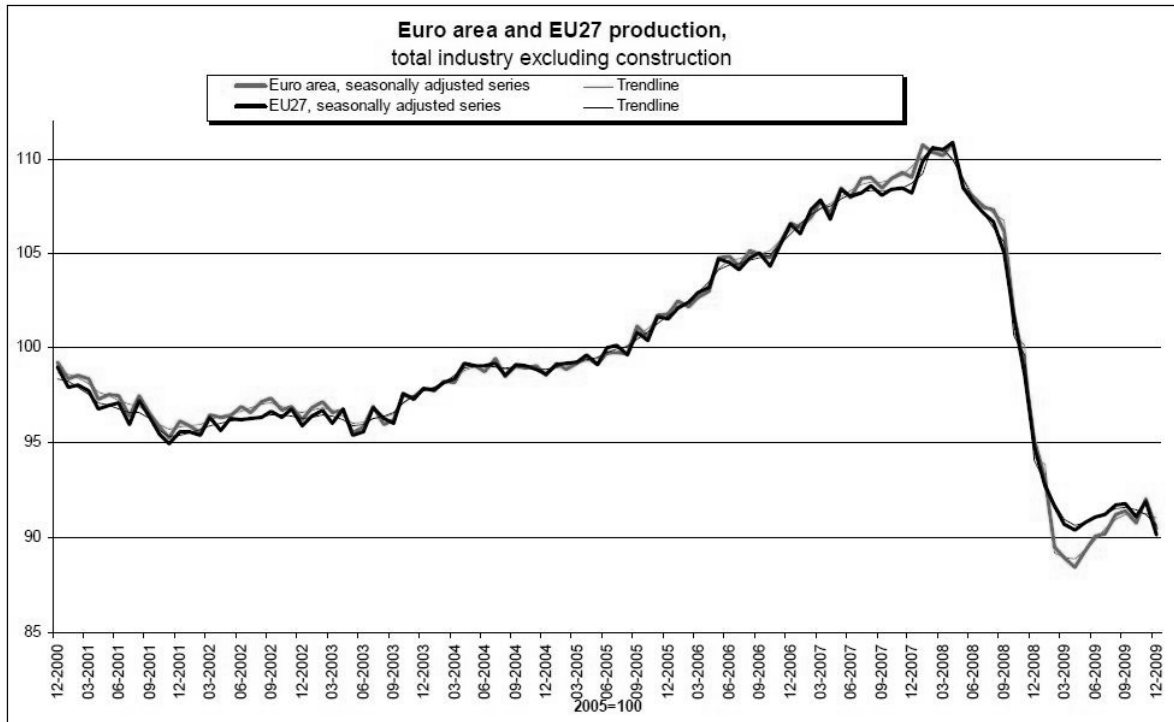
Indicator	Period	Unit	Convergence	Transition	RCE	Remarks
Tertiary education attainment	2007	% of population 25-64	17	25	26	
Tertiary education attainment trend *	2000 - 2007	% point change	4.0	4.9	5.2	
Participation of adults aged 25-64 in education and training	2007	% of population 25-64	5.1	8.1	11.5	<i>excl. FR9</i>
Human capital intensity	2007	index EU27=100	95	92	104	
Human capital intensity trend*	2000 - 2007	index point change	1	6	-1	
Population aged 15-64 born in a non-EU27 country	2007	% of population 15-64	1.9	7.0	8.8	
Population aged 15-64 born in another EU27 Member State	2007	% of population 15-64	0.8	3.3	3.7	<i>excl. FR9 and IE</i>
Population aged 15-64 born in another country	2007	% of population 15-64	2.8	10.3	12.5	
Unemployment rate	2007	% of active population	9.2	8.4	6.1	
Unemployment rate trend	2000 - 2007	% point change	-4.6	-3.0	-0.5	
Arrivals in hotels	2006-07	Arrivals per capita	0.7	1.4	1.4	<i>excl. FR9, IE and SK</i>
Arrivals in hotels trend	2000-01 - 2006-07	% point change	0.16	0.2	0.11	
Core creative class	2006-07	% of population 15-64	5.4	6.9	8.3	
Core creative class trend *	2000-01 - 2006-07	% point change	1.1	0.9	1.0	<i>excl. FR9</i>
Broadband Access**	2008	% of households	32	43	57	
Productivity in industry and services (PPS)	2006	index EU27=100	63	90	113	
Productivity trend in industry and services	2000-2006	Average annual real productivity growth	1.94	1.27	0.94	
Authors of EPO patent applications	2004-2005	Inventors per million inhabitants	30	78	397	
Employment rate	2007	% of population 15-64	59	64	69	
Employment rate trend *	2000 - 2007	% point change	2.9	6.0	3.1	
GDP/head (PPS)	2006	index EU27=100	59	95	122	
GDP/head (PPS) trend	2000 - 2006	index point change	5.4	5.9	-4.4	
New foreign firms per million inhabitants	2005-07	Total new foreign firms per million inhabitants	268	62	225	
Change in new foreign firms per million inhabitants	2001-03 - 2005-07	Total new foreign firms per million inhabitants	118	-34	-18	
R&D expenditure in the business enterprise sector	2006 *	% of GDP	0.36	0.42	1.36	
R&D expenditure in the business enterprise sector trend	2000-2006(est.)	% points of GDP	0.04	0.08	0.01	<i>estimate excl. Région Wallonne, FR9, major parts of UK</i>

* excl. UKM5 & UKM6

** excl. FR9, DE5, DEC, UKD1, UKE1, UKK3, UKM5

Source DG Regional Policy European Commission

Annexe IV



Information provided by Eurostat

Annexe V

Where EU money in 2010 could go

COMMITMENT APPROPRIATIONS BY HEADING	Billion €	% of total budget	% change from 2009*
1. Sustainable growth:	64.3	45.4	+3.3
<i>Competitiveness</i>	14.9	10.5	+7.9
<i>Cohesion</i>	49.4	34.9	+2.0
2. Preservation and management of natural resources:	59.5	42.0	+5.4
<i>Direct payments & market related expenditure</i>	43.8	31.0	+6.4
<i>Rural development, environment, fisheries</i>	15.7	11.0	+2.6
3. Citizenship, freedom, security and justice:	1.7	1.2	+10.5
<i>Freedom, Security and Justice</i>	1.0	0.7	+16.2
<i>Citizenship</i>	0.7	0.5	+2.8
4. The EU as a global player	8.1	5.7	+0.5
5. Administrative expenditure (for all EU institutions):	7.9	5.6	+3.8
<i>of which Commission</i>	3.6	2.5	+2.6
Total commitments	€ 141.5	100.0	+3.6
In % of EU-27 GNI	1.20		

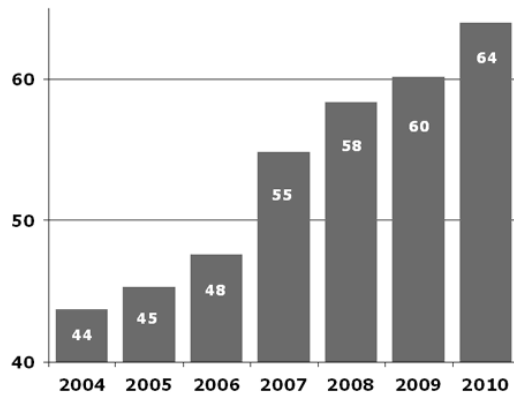
* Excluding the EU Solidarity Fund

Source DG Budget European Commission

Annexe VI

Biggest investments to restore growth and jobs

Competitiveness, growth, jobs and cohesion
Budget heading 1 – in €bn



PEOPLE:

9m citizens to benefit from European Social Fund in 2010

BUSINESS:

+400,000 jobs for SMEs by 2013

R&D:

€6.2bn for research in 2010

INFRASTRUCTURE:

25,000 km road built/rebuilt by 2013

2010: Steady rise in funds for jobs and growth

Source DG Budget European Commission